wA16 Jugendschutz im Internet

Gremium:	LAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	08.04.2026
Tagesordnungspunkt:	6. Weitere Anträge
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

- Wir wollen eine wissenschaftliche Untersuchung der Auswirkung von Social Media Plattformen und deren Mechanismen auf Kinder und Jugendliche. Wir wollen insbesondere wissen, welchen Handlungsbedarf es tatsächlich gibt, welche Empfehlungen die Wissenschaft hier geben kann und ob Verbote nachweisbar diese möglichen Probleme beheben können. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse wollen wir dann Maßnahmen diskutieren und ergreifen.

- Grundsätzlich ist der Schutz von Kinder und Jugendlichen auch eine Aufgabe der Eltern. Durch den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag haben wir Eltern die Möglichkeit gegeben, die Smartphones ihrer Kinder in einen sicheren Modus für Kinder und Jugendliche zu versetzen. Hierfür wollen wir weiter werben und über die Schulen Eltern erreichen und aufklären, damit sie diese Aufgabe besser wahrnehmen können. Wenn es weiteren Bedarf für Unterstützung gibt, wollen wir diesen schaffen.

- Ebenso wichtig ist eine breite Aufklärung in der Schule, verbunden mit einer Ermächtigung zur Teilhabe an digitaler Kommunikation. Kinder und Jugendliche müssen in die Lage versetzt werden, die Mechanismen hinter den Plattformen zu verstehen und ihnen entgehen zu können. Genau wie beim Rauchen und anderen Gefahren muss eine Aufklärung erfolgen, die auf das Leben vorbereitet. Digitale Prävention muss ab der ersten Klasse vermittelt werden.

- Der wichtigste und längst überfällige Schritt besteht aber darin, die bereits vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten gegen die Anbieter dieser Plattformen endlich auszuschöpfen. Der Digital Service Act (DSA) gibt der EU Kommission die Instrumente dafür an die Hand. In den Artikeln 34[1] und 35 ist klar geregelt, dass die Plattformen für die Risiken, die durch ihre Mechanismen ausgehen, voll verantwortlich sind. Anstatt Kinder und Jugendliche zu reglementieren, müssen die Verursacher zur Rechenschaft gezogen werden bis hin zur Abschaltung dieser Mechanismen! Wir forder daher, dass die EU Kommission hier endlich tätig wird![2]

- Altersüberprüfungen im Internet bergen enorme Risiken: Datenverlust, Überwachung und vor allem der schleichende Einstieg in eine staatliche Kontrolle des Internet. Wenn überhaupt dürfen solche Alterskontrollen nur anonym und mit sogenannten Zero-Knowledge-Proofs[3,4] erfolgen. Keinesfalls darf dies der Einstieg in eine staatliche Alterskontrolle des Internet sein.

Begründung

Seit etwa zwei Jahren gibt es es einen weltweiten Trend, Kinder und Jugendlichen den Zugang zu Social Media Plattformen und anderen Inhalten im Internet zu verbieten. Ausgangsort ist hier zum Beispiel Australien, wo es den ersten gesetzlichen Bann von solchen Zugängen gibt. Angesichts des drastischen Ausschlusses von Kinder und Jugendlichen von alltäglicher Kommunikation und Information, sind die Begründungen dahinter aber häufig relativ dünn. So fehlt es an klaren wissenschaftlichen Untersuchungen dieser Maßnahmen und der Ursachen: Ähnlich Debatten gab es schließlich schon in der Vergangenheit um Computerspiele oder die Nutzung des Fernsehens. Auch die damit verbundene Annahme, dass Jugendliche am 18. Geburtstag immun gegen die Manipulationen dieser Plattformen sind, erscheint wenig plausibel. Es besteht der begründete Verdacht, dass auch hier ein technisches Verbot zum wiederholten Mal soziale Probleme lösen soll.

Im übrigen haben auch Kinder und Jugendliche ein Recht auf Zugang zu Informationen, von dem sie nicht einfach abgeschnitten werden dürfen (UN Kinderrechtskonvention Art.17). Angesichts solcher drastischen Eingriffe in die Leben von Kinder und Jugendlichen und der Tatsache, dass diese Plattformen mit ihren Glücksspiel- und Suchtmechanismen auch eine Gefahr für Erwachsene und unsere demokratische Gesellschaft insgesamt darstellen, fordern wir eine grundsätzliche Herangehensweise an diese Probleme.

[1] https://gesetz-digitale-dienste.de/dsa/artikel-34/ + https://gesetz-digitale-dienste.de/dsa/artikel-35/
[2] https://alexandrageese.eu/social-media-verbot-fuer-jugendliche-mein-papier-mit-familienministerin-verena-schaeffer/
[3] https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/factpages/blueprint-age-verification-solution-help-protect-minors-online
[4] https://de.wikipedia.org/wiki/Null-Wissen-Beweis